

Pressemitteilung

Linz, 19. August 2021

Green Deal hat für Landwirtschaft massive wirtschaftliche Folgewirkungen

Drohende Produktionsverlagerungen in Drittländer wären umweltschwermetallpolitisch kontraproduktiv

Mitten in den Sommerferien veröffentlichte das JRC, der wissenschaftliche Dienst der Europäischen Kommission, die von der Bauernvertretung eingeforderte und schon länger erwartete Folgenabschätzung zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und der Farm to Fork-Strategie im Rahmen des Green Deal. Nach dessen Einschätzung würde die Umsetzung dieser Strategien eine "beispiellose" Verringerung der Produktionskapazität der EU-Landwirtschaft und deren Einkommen bewirken. Der größte Teil der durch diese Strategie bewirkten Reduktion landwirtschaftlicher Treibhausgasemissionen würde vor allem durch Produktionsverlagerungen in Drittländer zu nichtegemacht. Damit werden bereits bisher bekannt gewordene Schlussfolgerungen von Agrar- und Wirtschaftswissenschaftlern und des wissenschaftlichen Dienstes des US-Landwirtschaftsministeriums bestätigt. Erst kurz zuvor haben Wissenschaftler der Justus-Liebig-Universität Gießen auf massive ökonomische Folgen des Green Deal für die deutsche Landwirtschaft hingewiesen und diese mit einem zusätzlichen Investitionsbedarf für die Landwirtschaft von 3,1 Milliarden Euro sowie Deckungsbeitragsrückgängen von im Durchschnitt 40 Euro über alle landwirtschaftliche Kulturen hinweg beziffert.

„Die Veröffentlichung dieser Folgenabschätzung mitten in den Sommerferien, die fehlende Vorankündigung der Ergebnispräsentation und die nur minimale öffentliche Kommunikation dazu deuten darauf hin, dass die Ergebnisse dieses Berichtes der EU-Kommission offenbar nicht wirklich ins Konzept passen. Gleichzeitig werden damit die bisher dargelegten Bedenken der Landwirtschaftskammer bestätigt, wonach die Umsetzung des Green Deal nicht nur zur Verlagerung der landwirtschaftlichen Produktion, sondern auch von Umwelteffekten in EU-Drittländer führen würde. Wir werden alles daran setzen, dass bei den anstehenden politischen Entscheidungen zum Green Deal auch diese Folgewirkungen in die politische Ent-

scheidungsfindung miteinbezogen werden“, betont LK Präsidentin Michaela Langer-Weninger.

Rückgang bei Agrarproduktion und Bauerneinkommen

Bei einer Umsetzung der vorgeschlagenen EU Ziele zum Green Deal werden Produktionsrückgänge von fünf bis 15 Prozent erwartet, wobei die Rinderhaltung am stärksten betroffen wäre. Die EU-Nettoausfuhren bei Getreide, Schweinefleisch und Geflügel würden erheblich zurückgehen und das EU-Handelsbilanzdefizit bei Ölsaaten, Obst, Gemüse, Rind-, Schaf- und Ziegenfleisch würde sich erheblich verschlechtern. Trotz der dadurch erwarteten Preissteigerungen wären insgesamt negative Auswirkungen auf die Einkommen der meisten Bäuerinnen und Bauern zu erwarten.

Produktionsverlagerungen stellen weltweiten Klimaeffekt in Frage

Eine besondere Brisanz haben die Ergebnisse der Folgenabschätzungen zu den Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft. Die Modellrechnungen der Wissenschaftler zeigen insbesondere, dass das eigentliche Ziel der Maßnahmen – nämlich die deutliche Reduzierung der Emissionen – massiv in Frage gestellt wird. Die in den verschiedenen Szenarien errechnete EU-weite Reduktion der Treibhausgasemissionen wird nämlich überwiegend in EU-Drittländer verlagert. Unter Berücksichtigung der aktuell geltenden agrarpolitischen Rahmenbedingungen würden mit dem Green Deal fast 70 Prozent der in der EU reduzierten Emissionen durch Emissionserhöhungen im Rest der Welt ersetzt. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass fast 50 Prozent der Reduktion der Treibhausgasemissionen auf die Reduktion der landwirtschaftlichen Produktionsmengen zurückzuführen wäre. Werden die vorgeschlagenen Maßnahmen des Green Deal nur innerhalb der EU umgesetzt, so kommt es quasi automatisch zur Verlagerung von Umwelteffekten in andere Regionen der Welt.

Drohender Einbruch bei EU-Agrarproduktion

Unabhängig von den unterschiedlich berechneten Szenarien zeigen alle Modelle deutliche Produktions- und Einkommensrückgänge für sämtliche Produktionszweige der Landwirtschaft. Die Einkommensrückgänge hängen vor allem auch davon ab, in welchem Ausmaß es gelingt die Binnenmarktpreise trotz zu erwartender billiger Importe zu steigern. Bei Getreide wird ein Rückgang der Anbaufläche von vier Prozent und der Getreideerträge von elf Prozent erwartet. Insgesamt würde die Getreideproduktion um etwa 15 Prozent zurückgehen. Ausgehend von einer durchschnittlichen EU Getreideernte in Höhe von 295 Millionen Tonnen würde der Produktionsrückgang bei 44 Millionen Tonnen liegen. Diese Menge entspricht der Getreideproduktion Deutschlands, dem zweitgrößten Produzenten innerhalb der EU. Die bisherige Wertschöpfung aus den EU-Exporten würde damit praktisch zur Gänze wegfallen.

Green Deal erfordert offensive EU-Handelspolitik

„Mit der aktuellen EU Agrarreform werden wesentliche Schritte für eine ökologisch nachhaltige und klimaeffiziente Landwirtschaft umgesetzt. Die Landwirtschaft leistet damit einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz. Die Umsetzung wirtschaftlich kaum machbarer Ziele im

Rahmen der Farm to Fork- und der Biodiversitäts-Strategie würden jedoch die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen bäuerlichen Familienbetriebe massiv verschlechtern. Die Landwirtschaftskammer fordert von der EU-Kommission eine offensivere EU Handelspolitik durch die Einführung von Klimazöllen für Agrar- und Lebensmittelimporte. Nur damit kann es gelingen, dass bei ständig steigenden Umwelt- und Klimaschutzanforderungen weitere Produktionsverlagerungen aus der EU-Landwirtschaft in Drittländer wirksam verhindert werden können“, betont Kammerpräsidentin Langer-Weninger abschließend.



Bildtext: Die Umsetzung der derzeitigen Green Deal Ziele wäre wirtschaftlich problematisch und umweltpolitisch teilweise kontraproduktiv, betont Präsidentin Langer-Weninger.

Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck honorarfrei

Kontakt Öffentlichkeitsarbeit: Mag. Elisabeth Frei-Ollmann,
Tel +43 50 6902-1491, medien@lk-ooe.at